

Das neue Steuerabkommen.

Nachdem die Vertreter der Einzelstaaten längere Zeit über das Steuerabkommen mit der neuen Reichstagsmehrheit verhandelt haben, ist dieses Abkommen nunmehr in seinen Grundzügen zustande gekommen. Die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Sydow haben im Namen der beteiligten Regierungen den Abschluss herbeigeführt.

Der Bundesrat hat sich damit einverstanden erklärt, die von ihm vorgelegene Steuer auf Feuerversicherungspolice durch eine

Salonsteuer

zu ersetzen. Die Steuer soll etwa zwanzig Millionen betragen. Das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist nunmehr gesichert, da das Abkommen von allen Parteien der neuen Mehrheit unterzeichnet ist.

Die neue Steuer soll in das Reichsstempelgesetz eingefügt werden und betragen: 1 Prozent für Gewinnanteilscheine von in- und ausländischen Aktien und Anteilscheinen, Reichsbankanteilscheinen, Anteilscheinen von Kolonialgesellschaften; für Zinsbogen: 5 vom Tausend bei inländischen, für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen, 5 Prozent bei solchen ausländischer Staaten, Gemeinden usw., Korporationen, Aktiengesellschaften, sofern diese letzteren Bogen im Inlande ausgegeben werden, 2 vom Tausend bei inländischen auf den Inhaber lautenden Gemeindepapieren. Befreit sind: 1) Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der Reichs- und Bundesstaaten, 2) Gewinnanteilscheine von Aktien der in der allgemeinen Befreiungs-Vorschrift aufgeführten Aktiengesellschaften, 3) Gewinnanteilscheine und Zinsbogen, die bei der ersten Ausgabe der Wertpapiere mit diesen in Befreiung gesetzt wurden. Die Befreiung greift nicht Platz, soweit die Bogen für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum ausgegeben werden, 4) Gewinnanteilscheine und Zinsbogen, die vor dem Inkrafttreten dieser Vorschriften ausgegeben sind.

Der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände, den die Kommission beschloffen, soll gestrichen werden. Unter

die Scheinsteuer

sollen auch fallen Quittungen über Geldsummen aus Bankguthaben, die die Kommission vom Stempel befreit hat.

Die Bestimmungen sollen am 1. August 1909, in Aufhebung des Stempelgesetzes mit dem 1. Oktober 1909 in Kraft treten, auch die von der Finanzkommission sonst beschlossenen Stempelsteuern sollen am 1. August in Kraft treten; es sind dies Bestimmungen über Aktien, Anteilscheine, Renten, Zinsen und Schuldverschreibungen. Bei diesem Teil der Vorlage werden für den Fall bevorstehender besonderer Härten eine Reihe Ermäßigungen und Stundungen vorgeseh.

Die übrigen Bestimmungen sind Folgeerscheinungen der neuen Anträge. Für Zinsbogen, die Anteilscheine für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum enthalten, erhöht sich die Abgabe für jedes fernere Jahr um ein Zehntel. Nachdem dieses Abkommen zwischen dem Bundesrat und der Reichstagsmehrheit geschlossen worden ist, ergibt sich klar, daß die Reichsfinanzreform in weit höherem Maße als die Regierung beabsichtigt hat, mit Hilfe von indirekten Steuern zustande gekommen ist. Die Belastung des Volkes ist im Vergleich zur ursprünglichen Absicht der Regierung und im Vergleich zur Höhe der beschlossenen indirekten Steuern, nur ein liberales gering.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kaiser Wilhelm hat den preuß. Generalen beim päpstlichen Stuhl, Dr. v. Mühlberg, beauftragt, an der Verlesung des Adelskrug von Monte Cassino teilzunehmen und in seinem Namen einen Kranz niederzuliegen.

Reichskanzler Fürst Bismarck hat am 6. d. die aus Anlaß der Besprechungen über die Reichsfinanzreform in Berlin anwesenden

leitenden Minister der Einzelstaaten und an die Bundesräte zum Bundesrat eingeladen zu einem Diner ergeben lassen, um sich bei dieser Gelegenheit von ihnen zu verabschieden. Der Kanzler wird sich nach seinem Abschied zunächst nach Nordsee begeben. Von dort wird er nach Klein-Flottbek bei Hamburg überfahen und die Wintermonate in der Villa Natta in Rom bezu. in Neapel verleben. Im übrigen beabsichtigt der Fürst, für die Freize mit einer verhältnismäßig kleinen Teil des Jahres außerhalb Deutschlands zu verleben; seinen dauernden Wohnsitz wird er in Klein-Flottbek nehmen, wo er geboren ist.

Der in Gnesen tagende neugegründete Deutsche Bauernbund sandte dem Reichskanzler ein Danktelegramm, in dem die innerpolitische Lage und der Austritt des Fürsten Bismarck lebhaft bedauert wird.

Die Frage der Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien ist nach dem Beschlusse des Zentralauschusses der größten Gruppe, der Freiwillichen Volkspartei, dem „gemeinsamheitlichen Ausschuss der Fraktionsgemeinschaft des Reichstages“ zur weiteren Behandlung überwiesen worden. Die Aufgabe dieses Ausschusses, der die Verschmelzung der „Freiwillichen Vereinigung“, der „Freiwillichen Volkspartei“ und der „Sächsischen Volkspartei“ vorbereiten soll, ist ebenso schwierig wie verantwortungsvoll.

Frankreich.

In der Deputiertenkammer bekämpfte bei der Beratung des Gesetzes der Präsident der Kommission den Antrag, die Regierung möge einen Zolltarif vorsehen, der die französischen Interessen im Auslande schütze. Er wies darauf hin, daß von Seiten Deutschlands keine Gegenmaßregeln zu befürchten seien, da Frankreich bezüglich seiner Sonderzölle nur dem Beispiele Deutschlands folge. Der deutsche Reichstag habe jedoch in zweiter Lesung neue Abgaben auf Cognac und Champagner genehmigt; er, Redner, hoffe aber, daß in der dritten Lesung diese Abgaben nicht aufrechterhalten werden würden.

Italien.

Nach mehreren Kundgebungen, die sich gegen die am Garibaldiwohntenden Deutschen richteten, veröffentlicht jetzt eine italienische Zeitung einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Die Engländer würden die Brezzen und Pyrenäen und dann auch die Österröcher vom Garibaldi vertreiben. Sobald die Engländer in Massen kämen, würden die Deutschen sich heilen, ihre Wägen und Häuser an die ersten besten zu verkaufen, um die Gegend zu verlassen. Es sei also von dem bevorstehenden Massendrucke englischer Vertriebskräfte das Beste für die Zukunft des Garibaldi zu erhoffen. (Es ist bemerkenswert, daß diese Hege von Seiten ausgeht, die sich darüber beschweren, daß die preuß. Regierung für italienische Arbeiter im Interesse der Ordnung Anzeigekarten verlangt.)

Belgien.

Die Regierung hat dem Parlament ein Grundbuch unterbreitet, das die wegen der Nichtanerkennung der Angliederung des Kongostaates an Belgien mit England und den Ver. Staaten von Amerika ausgetauschten Noten enthält. Die Regierung der Ver. Staaten schlägt ein Scheinrecht vor, das Belgien aber verweigert, es nicht die Anerkennung des Kongostaates erfolgt ist. Es hemangelt hauptsächlich die Kongressnotenzettel an Gesellschaften zum Schaden der Gläubiger, denen jedes Recht, Eigentum zu erwerben, genommen sei. Belgien wendet sich auch gegen die Werberarbeit der englischen Kongressvereinigung.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Dienstag zunächst die zweite Lesung der Vorlage über die politische Verwendung von Gerste. Nachdem ein Antrag des Abg. Scharf (Fog.), die Vorlage von der Tagesordnung abzulesen, abgelehnt war, erklärte sich die Abg. Stolle (Fog.), Karchen (Fog.) und Gohren (Fog.) gegen den Antrag, für den ein Votum nicht abgegeben ist. Dagegen verließen die Abg.

Hausmann (natl.), Vogt-Gräf (natl.), Jurek (Fog.) und Günzel (Fog.) auf den Einverständnis an Braggel und die entsprechende Einverständnis an Braggel. Eine Resolution der als Forderung zu einem niedrigeren Zollsatz einzuführen sei notwendig und beruhe den rechten Handel in keiner Weise. In der Abstimmung fand der grundlegende § 1 des Gesetzes die unperänderliche Annahme, trotzdem die Regierung erklärt hatte, daß die ganze Vorlage unannehmbar wäre, falls der zweite Absatz nicht abgelehnt würde. Es folgte die zweite Lesung der Reichsfinanzreform. Ohne Erörterung wurde zunächst die Elektrizitäts- und Gassteuer-Vorlage, sowie die Instruktionen gemäß dem Kommissionsantrag abgelehnt. Auf Antrag des Abg. Grafen Carner (Fog.) wurde die Resolution zum Reichsfinanzgesetz von der Tagesordnung abgelehnt, da neue Anträge in Vorbereitung seien. Bei der Zinsbogenssteuer, die nun zur Beratung kam, empfahl Abg. Wenzel (Fog.) die Steuer, ebenso Abg. Graf (Fog.) der Vorlage zu hingegen könnten die Abg. Mommsen (Fog.), Schwarz (Fog.) und Müller-Wemingen (Fog.) die Zinsbogenssteuer als Belastung eines notwendigen Verbrauches abgelehnt wurde mit 179 gegen 168 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Rest der Vorlage gelangte mit dem vom Reichspräsidenten als die beantragten Änderungen zur Annahme.

Am 7. d. wird das Vater- und Knechtelgesetz abgelehnt mit 168 gegen 170 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Rest der Vorlage gelangte mit dem vom Reichspräsidenten als die beantragten Änderungen zur Annahme.

Die Vorlage über Ausgabe kleiner Münzen in den Konulargerichtsbezirken und im Schutzgebiete Kantone wird der Budgetkommission überwiesen.

Der Handelsvertrag mit Venezuela (Wahlberechtigung für Handel und Industrie) wird nach Angriffen des Abg. Stadthagen (Fog.) auf den Begünstigungszug ausländischer Arbeiter in Venezuela und eine Zurückweisung der Annahme durch den Reichspräsidenten b. Bethmann-Hollweg in erster und zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung der Reichsfinanzreform fortgesetzt. In der von der Finanzkommission beschlossenen Maßnahme auf Steuererhöhung

Abg. Sped (Fog.): Der Gehalt dieser Steuer bei weniger ein finanzwirtschaftliche als volkswirtschaftliche Bedeutung. Ich hoffe, die verschiedenen Regierungen werden diese Steuer doch noch genehmigen, zumal Abg. Köstke und ich eine Abänderung beantragen. Redner empfiehlt diesen Antrag, der die Steuer je nach dem Betriebsumfang pro Tonne mit 1 Pfennig beginnen und von einer Produktion von 100 000 Tonnen an mit 10 Pfennig ansteige, während die Kommission schon von einer Produktion von 90 000 Tonnen an eine Steuer von 12 Pfennig pro Tonne beschloffen hatte.

Abg. Köstke (Fog.): Der Vorwurf, die Wahlen- und Steuererhöhung sei ein finanzielles Mittel zur Erreichung des Zweckes, das die Wahlen zu tragen haben.

Preuß. Handelsminister Delbrück: Die verschiedenen Regierungen betrachten die Wahlensteuer einseitig für unannehmbar. Die Anhänger der Steuer seien schließend voran, daß mit der Erhöhung der Besteuerung die Rentabilität steigt. Die Rentabilität der großen Mühlen z. B. an Rhein besteht darin, daß man dort den Weizen billig heuere und das Mehl ebenso billig wegfahren kann. Die Mägen die Steuer heufen wie Sie wollen, Sie werden immer noch den Betrieb unangenehm treffen.

Abg. Bundesbevollmächtigter v. Wurthardt: Es ist richtig, daß die bayerische Regierung einer Wahlsteuer gegenübersteht. Nur darf sie nicht einen Eingriff in die direkten Steuern und in die Steuerfreiheit bringen. Dem vorliegenden Antrage kann auch die bayerische Regierung nicht zustimmen.

Abg. Rosenbusch (Fog.): Der Antrag richtet sich gegen das billige Mehl. Das Mehl soll so teuer werden, daß sich die reichhaltigsten Mühlen harrieren kann. Der Wahlensteuerer wird heute mühe eine Dreimahlsteuer morgen folgen, weil keine Wägen werden, sie können nicht konstatieren. Das mag mittelstandsfreundlich klingen, ist aber volkswirtschaftlich.

Abg. Baffermann (nat.-lib.): Wir können der Vorlage nicht zustimmen, weil sie als Ertragssteuer wirken würde. Beim hohen Stand der Weizenpreise und der von der Regierung angeforderten Dentschheit halten wir das Ausbleiben dieser Frage jetzt für nicht zugehörig.

Abg. Günther (Fog.) hofft, der Bundesrat werde an seinem „Annamensbeschluss“ festhalten. Eine Wahlsteuererhöhung kann als Finanzmittel nicht in Betracht kommen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (nat.-lib.): Was der Antrag zu bedeuten, ist nicht klar; es ist für mich unverständlich. Wegen der Besondereformung mag das Mehl beschafft werden.

Die Vertreter der Kleinmüller bei man nicht als es ist rühmend, was die Wahlensteuer die Wahlen braucht, um die für die Großmühlen zu tragen.

Handelsminister Delbrück: Der Bundesrat ist zurückgefallen, die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören.

Ein Schlußantrag wird angenommen. § 1 der Vorlage mit 188 gegen 170 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Ebenso fällt der Rest der Vorlage.

Es folgt die zweite Lesung der von der Kommission beantragten Vorlage über den Reichsfinanzgesetz. Die Vorlage über den Reichsfinanzgesetz ist zurückgefallen, die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören.

Abg. Frhr. v. Richthofen (Fog.) erklärt, daß er in der Tat schwere Gegenstände gegen die Wahlensteuer vor, und da derselbe den Regierungen unannehmbar sei, würden seine Freunde gegen die Wahlensteuer stimmen. Auf eine Frage des Reichspräsidenten über einen Fall aus dem Reichspräsidenten antwortet

Minister Delbrück: Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören. Ich habe nicht hören wollen, daß die Regierung hätte unter allen Umständen zu hören.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß der Reichspräsident wegen seiner Partei jetzt gegen die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Stolle (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.): Die Frage der Wahlensteuer ist ein finanzielles Mittel zur Erreichung des Zweckes, das die Wahlen zu tragen haben.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Abg. Gohren (Fog.) erklärt, daß er für die Wahlensteuer stimmen werde.

Der Oberhof.

Roman von C. Wild.

Monte-Casino.

Erwald hatte dem Vater noch vierhundert Gulden für den Oberhof auszusuchen, dieses Geld war bestimmt gewesen, unter die andern Kinder verteilt zu werden, — wie sollte es jetzt werden, da Johanna als Erbin so gut wie gar nichts erhalten hatte?

Erwald verstand es, den alten Herrn unter einer gewissen Botmäßigkeit zu halten, er sah scharf darauf, daß er die Briefe der andern Geschwister zu lesen bekam, und beschiedelte auch den Bedienten mit Teufelsknecht aus Ansehen.

Johanna war nicht die Vertraute ihres Vaters, aber sie ahnte seine Pläne.

Sie war als Frau daselbst bleiche, stille Gesicht, doch sie als Mädchen gewesen. Aber hinter dieser schneidenden, ruhigen Außenwelt barg sich ein Vulkan.

Johanna war klüger, berechnender, als die andern glaubten, sie verstand es nur sehr geschickt, ihre Gefühle und Empfindungen zu verbergen. Sie liebte ihren Gatten ebenso wenig, als dieser sie liebte, aber sie hatte Frau und selbstständig werden wollen.

Sie hatte eine Ahnung, daß es daheim nicht so glänzend stand, als alle meinten, und sie sah nun auch, daß diese Ahnung sie nicht betrogen. Mit ruhiger Umsicht ertrug sie daher die Enttäuschung, um so ruhiger, als weder ihr Gatte noch ihr Schwiegervater sie diese fühlen ließen.

Johanna war eigentlich eine bedürfnislose

Person. Schwind, häßliche Kleider, alle diese häßlichen, niedrigen Sachen, an denen die Frauen so oft ihr Herz hängen, machten ihr keine Freude.

In ihrem jungen Leben hatte es nur einmal eine Zeit gegeben, da sie es bedauerte, weder häßlich noch arm zu sein, das war damals, als Ernst Teemingen in die Gegend kam.

Johanna hätte damals viel darum gegeben, den schönen, lebhaften Mann an sich fesseln zu können, allein sie sah bald ein, daß ihr solches nun und nimmer gelingen werde.

Dieser Gedanke verfolgte sie dann gegen ihn, gegen alle Mädchen, die er häßlich und lebenswert fand.

Sie haßte Nina und sie haßte Eva — und Eva vielleicht am gründlichsten, besonders seit der belauschten Szene an Rinas Hochzeitstoge.

Von Natur aus bei weitem weniger häßlich als ihr Gatte, hatte sie doch eine besondere Freude daran, die beiden Schwwestern um ihr Erbteil verfahren zu sehen.

Was in ihren Äußerungen stand, das tat sie dazu, um den alten Herrn bescheiden von Eva abzuwenden zu machen; sie freute sich heimlich, daß es ihr so gut gelang — ja, sie gab sich sogar die Mühe, gegen ihren Schwiegervater recht aufmerksam zu sein, damit er keine Ursache hätte, seine Tochter herbeizuwünschen.

Sie änderte ihre Gesinnungen auch nicht, als sie die Mutter eines häßlichen, gefandenen Knaben wurde. Im Gegenteil, jetzt erst hatte sie den rechten Grund gefunden, das ganze Erbteil ihrem Kinde zuzuwenden.

Für sie selbst betraf das Geld ja keinen

Wert, sie wollte nur nicht, daß die zwei ihr verhassten Schwwestern es haben sollten — aber für ihr Kind wäre sie noch mehr zu tun imstande gewesen.

Von dem Augenblicke an, da das Kind zur Welt kam, verfolgte Johanna einen wohlüberdachten Plan; immer mehr entfernte sie Eva dem Herzen des Vaters; auch über Nina mußte sie so manches Nachsichtliche zu sagen, — sie kam ja so selten, um nach dem Vater zu sehen; doch der Grund zu diesen seltenen Besuchen in dem wenig freundlichen Empfangs-Johannas lag, abnte der alte Herr nicht.

Willenlos ließ er sich umgarren, und willenlos ging er auch ins Netz.

Was er niemand, nicht einmal seinen Schwestern anvertraut hatte, das vertraute er Johanna. Sie wußte, wie viel Geld er besaß und daß er ein Testament gemacht hatte.

Aber den Inhalt desselben sprach er jedoch nicht, und Johanna wollte ihn nicht drängen, damit er keinen Verdacht gegen sie schöpfe.

Der alte Herr war trotz mancherlei seiner Leiden ziemlich rüstig und konnte noch Jahre leben.

Bis dahin würde es ihr gelingen sein, ihn zu einer Abänderung seines Testaments zu bewegen.

So rechnete Johanna, aber das Schicksal kam ihr zuvor, und eines Tages fand man Herrn Johannas tot und unbewußt in seinem Bett, der Schlag hatte ihn getroffen, sein Leben schloß höchstens nur noch nach Stunden.

Erwald kamte sofort nach dem Tode, denn er noch einmal zurück und beugte sich über

den Begräbnisplatz. „Kennst du mich, Schwägerin?“

Keine Antwort erfolgte.

Die schwarzen Lidern blieben geschlossen; ein leises Heben und Senken der Braut, das sah der alte Herr noch an.

Erwald richtete sich auf und sah seine Gattin an.

„Wir sollten nach Nina schicken.“

Erwald machte eine abwehrende Bewegung.

„Dazu ist es noch Zeit.“

„Sie mußte die Aktien und das Geld.“

Erwald machte eine leise Schüttelbewegung und ließ den Kopf sinken.

Es war im Frühling, aber ein kühler, rauher Frühling.

Die Blattsprossen an den Bäumen waren noch nicht entwickelt, alles sah noch kahl und unwirksam aus.

Tage zuvor hatte es noch tüchtig geschneit, noch standen überall die Wägen, und am Himmel sahen sich schwere, blaugraue Wolken an.

Ein Brief hatte vom Friseur kommen, daß dem Betreibe des Vaters, und von da nach dem schmalen Kabinett, das von dem Schwiegervater nur durch einen Vorhang getrennt war.

In dem Kabinett stand sich der Schwiegervater und die älteste Kasse des Vaters; die Schlüssel zu beiden trug der alte Herr bei sich.

Johannas tote Augen folgten den Worten des Gatten; sie konnte seine Gedanken nicht wahrnehmen, doch er sah dabei seine, laut werden zu lassen.